

FÜR EIN PROGRAMM AM PULS DER ZEIT

Mal wieder die Kinder miteinander spielen lassen. Mal wieder Freunde oder Familie zu Gast haben. Mal wieder auf ein Konzert oder in die Stadt gehen. Endlich mal wieder Nachrichten ohne Impfchaos, Mutationen oder R-Wert. Es gibt so viele Dinge, die früher so normal waren und auf die wir uns gerade mehr denn je freuen.

Doch die Pandemie hat uns auch gezeigt, dass die Rückkehr in diese Normalität nicht mehr das einzige Ziel sein kann. Pflegekräfte, Busfahrerinnen, Kassierer, Reinigungspersonal, Soloselbstständige, Gastronomen, Frisörinnen, Erzieher, Lehrerinnen, Auszubildende, Familien in Kurzarbeit – Corona zwingt uns, darüber zu streiten, was Leistung wirklich bedeutet. Wer sein Geld richtig anlegt, wird Krisengewinner? Wer mit harten Überstunden die Gesellschaft durch diese schwierige Zeit bringt, dagegen Verlierer?

Wir haben es in Nordrhein-Westfalen mit einer Regierung zu tun, die versucht, solche Fragen zu umgehen, Verantwortung auf Städte, Gemeinden und Menschen abzuwälzen, die persönliche sowie parteiliche Befindlichkeiten in den Mittelpunkt rückt, sich von Problem zu Problem hangelt, und damit Woche für Woche für neue Unklarheiten in der Krise sorgt. Gemeinsame Problemlösungen, die wir im Plenum, im Gespräch oder in mehreren Briefen angeboten haben, schlug Armin Laschet stets aus. Es ist sein Weg der Politik.

Die NRWSPD kann jetzt beweisen, dass sie es besser kann. Jetzt gilt es, Motivation und Überzeugung für einen sozialen Neustart zu zeigen. Das ist die Grundlage für neue Verantwortung. Dass der Landesvorstand mich für Spitzenkandidatur und Vorsitz nominiert hat, erfüllt mich deshalb mit großer Freude. Lasst uns beim anstehenden Landesparteitag gemeinsam eine neue Perspektive für Nordrhein-Westfalen entwickeln.

Hier müssen die gerechtesten Arbeitsbedingungen gelten. Damit Industrie bei uns weiter eine Heimat hat, werden wir bereits im Bundestagswahlkampf die Zukunftsfragen bei Infrastruktur, Digitalisierung und bei der Energie- und Klimapolitik in den Mittelpunkt der Debatte rücken.

Thomas Kutschaty zu seiner Bewerbung für den Landesvorsitz der NRWSPD



Foto ©: NRWSPD

Unter einem Bundeskanzler Olaf Scholz hat NRW mehr zu erwarten als unter Söder, Baerbock oder Laschet.

Und auch bei den Dienstleistungen braucht es neue Ansätze. Hier bilden sich zwar immer neue Berufsbilder, doch Tarifbindung und Löhne – vor allem bei Frauen – sinken oft. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir neue Leitlinien für Dienstleistungen erarbeiten und damit für eine Umkehr sorgen. Dabei kommt man an der gerechten Wertschätzung von Lebensleistung nicht vorbei. Denn eine gute Rente muss immer wieder neu erkämpft werden.

Jedes Kind, das in NRW eingeschult wird, muss die Chance haben, das Beste aus dem Leben zu machen. Zu häufig entscheiden die Postleitzahl oder der Geldbeutel der Eltern. Das Land muss an den Orten, wo Herausforderungen groß sind, mehr Verantwortung zeigen und stärker in Berufsschulen, Schulen und Kitas investieren. Lehrberufe müssen attraktiver werden, die Gehälter endlich deutlich angehoben werden.

Lasst uns zudem dafür sorgen, dass es hier die besten Wohnverhältnisse in ganz Deutschland gibt. Auf dem Miet- und Immobilienmarkt wird das Leben in vier Wänden in NRW immer mehr zum Spekulationsobjekt. Alle 12 Minuten fällt eine Sozialwohnung weg. Gleichzeitig wird der Erwerb von Eigentum zunehmend exklusiv unter Erben ausverhandelt. Mit einem zeitgemäßen Verständnis von Solidarität, Wertschätzung und wirklicher Leistung hat dies immer weniger zu tun. Landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, Impulse für neue Werkswohnungen, mehr Mietschutz, gerechte Bodenpolitik – NRW muss von der Besuchertribüne runter und wieder Akteur für gute Wohnverhältnisse werden.

Wir kämpfen auch für ein Gesundheitssystem, in dem Menschen wieder Patienten und keine Fallpauschalen mehr sind. Dafür brauchen wir eine Reform der Krankenhausfinanzierung, die sich dem Verdrängungswettbewerb des Marktes entzieht. Nicht erst Corona zeigt: Qualität und Wohnortnähe müssen entscheiden. Die schwarz-gelben Schließungspläne führen gerade jetzt nicht weiter.

Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit – hier ergibt sich eine neue Perspektive für NRW und somit für die SPD in NRW. Mit den Menschen eine gemeinsame Überzeugung aufbauen – gerade unsere Mitglieder haben immer wieder gezeigt, dass genau sie das können. Unsere Neugier, unsere Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern schlagen jede Marktforschung.

Deshalb möchte ich mit Eurer Unterstützung von mindestens 100.000 Menschen in NRW erfahren, was sie von unseren Ideen konkret halten, was sie bewegt, aber auch, was wir endlich anders machen müssen. **So erstellen wir ein Zukunftsprogramm, das aus der Sicht der Menschen in NRW erarbeitet wird.**

Mit dem Finger am Puls der Zeit – mit diesem Politikverständnis hat die Sozialdemokratie das Land geprägt und wird dies weiterhin tun. Lasst uns dafür zusammen loslegen.

Euer Thomas Kutschaty ■



Foto ©: NRWSPD

AUF NACH VORN!

„Auf nach vorn!“ lautete das Motto des Landesparteitages im Juni 2018, der zentrale Weichen für unsere NRWSPD neu stellte. Ein ambitioniertes Arbeitsprogramm – von Gründung einer Parteischule bis Kommunalkampa und überfälligen inhaltlichen Klärungen – wurde beschlossen. Ein neues Team wurde gewählt, ein Votum von 81 Prozent stärkte mir als Landesvorsitzendem den Rücken. Dabei war die Ausgangslage schwierig: Den Wähler*innen war seit längerem nicht mehr klar, welche inhaltlichen Schwerpunkte die SPD legt oder für wen wir Politik machen wollen. Die Phase der Selbstbeschäftigung der NRWSPD schien nach den verlorenen Landtags- und Bundestagswahlen 2017 hinter uns zu liegen. Der Parteitag markierte einen Aufbruch.

Unser Programm hatte es in sich: „Rot pur“ – ein eigenständiger, sozialdemokratischer Kurs wurde erarbeitet, der sich an den realen Sorgen und Bedürfnissen der Menschen orientiert. Bezahlbare Mobilität, klimafreundliche Energie, Wohnen für alle und ein gerechtes Bildungssystem waren die Schwerpunkte. Bereits im September 2019 präsentierten wir auf dem folgenden Landesparteitag Ergebnisse. Das versprochene „Jahrzehnt der Investitionen“ nahm Gestalt an. Investitionen in den sozialen Zusammenhalt und die Modernisierung

unseres Landes sind heute Kern selbst des bundespolitischen Programms. Die im Juni 2018 beschworene „Stunde Null“ für die erdrückende Schuldenlast der Kommunen wird wortgleich von Olaf Scholz vorangetrieben.

Mit der „Wohnungspolitischen Kommission“ setzte ich einen weiteren Schwerpunkt. Im Programmheft der NRWSPD stehen nun die Wiederbelebung des öffentlichen Wohnungsbaus, der Stopp des Ausverkaufs von Grund und Boden und die Stärkung der Bautätigkeit. Ein neues Bildungskonzept geht mit massiven Investitionen und der Idee von kostenfreier Bildung für alle an den Start und erhält viel Zuspruch. Die Positionen wurden gemeinsam erarbeitet und erstritten – mit den Mitgliedern, in den Arbeitsgemeinschaften und Gliederungen sowie auf vielen Veranstaltungen vor Ort.

Mit dem Auftreten von Corona ist die parteiinterne, lähmende Querele um „GroKo ja oder nein“ auf einen Schlag klein geworden. Die aktuelle Phase zeigt deutlich: Es ist gut, dass die Sozialdemokratie in der Bundesregierung ist. Die wiederaufgenommenen und verstärkten Gesprächsfäden zu den Gewerkschaften in NRW zahlten sich aus. In enger Abstimmung wurde ein „Solidarpakt Zukunft“ entwickelt, der schon im Mai 2020 ein milliardenschweres Konjunktur- und Investitionsprogramm für NRW vorsah. Die beschleunigte Modernisierung unserer Industrie und der Energiegewinnung in NRW sind Kerne des Ansatzes. Der Gesundheitssektor soll von Zwängen der marktwirtschaftlichen Optimierung befreit und hin auf das Gemeinwohl orientiert werden. Gedanken, die aktueller denn je sind und breite Zustimmung erhalten.

Corona hat auch den Zeitplan der NRWSPD durcheinandergewirbelt. Der ursprünglich für Mai 2020 geplante Parteitag wurde erst auf November und letztlich auf März 2021 verschoben. Mit Erklärung einer weiteren Kandidatur zum Landesvorsitz änderte sich die Lage erneut. Persönlich habe ich eine Spitzenkandidatur in NRW früh ausgeschlossen, um mich auf die Führung unserer Partei zu konzentrieren.

Diese Zeit war für uns als NRWSPD schwierig. Die getane Arbeit und unsere Ausgangslage verkamen zu medialen Zerrbildern. Das machte vor meiner Person nicht Halt. Es folgten Verlust von zunächst Autorität und dann Unterstützung. Hieraus habe ich Schlüsse gezogen und meine Kandidatur als Landesvorsitzender nach intensiven Gesprächen zurückgezogen. In weniger als 250 Tagen findet eine Bundestagswahl, im Mai 2022 eine Landtagswahl statt. Einen weiteren Kraftverlust können wir uns nicht leisten.

Danke sagen möchte ich für die Unterstützung und den Mut, im Team beherzt anzupacken. Manches bleibt und ist hoffentlich ein gutes Fundament. Jenseits von Inhalten und Beschlüssen muss uns eines klar werden: In einer komplexen, multimedialen Welt ist die Wahrnehmung von Politik ebenso entscheidend wie die Inhalte selbst. Im Kern: Wie leben wir die Ideen von Zukunft, Zuversicht und vor allem Solidarität selbst vor? Wenn wir uns hier stärker konzentrieren und jede*r einen Beitrag leistet, liegt die beste Zeit wieder vor uns.

Glück auf!

Euer
Sebastian Hartmann ■

3 MAL KURZ UND KNAPP

mit **Konstantin Aichinger**



Seit dem 4. Oktober 2020 bist Du der neue Vorsitzende der NRW-Jusos. Wie bist Du eigentlich zur Politik gekommen?

Ich bin wegen der Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen aktiv geworden. Ich gehörte damals zum ersten Jahrgang, der nach 12 Jahren Abitur machen sollte und fand es ungerecht, dass uns einfach ein Schuljahr geklaut wurde. Deshalb bin ich erst in der Schüler:innenvertretung aktiv geworden, dann 2009 bei den Jusos in Siegen-Wittgenstein und schließlich auch in der örtlichen SPD. Mir war wichtig, dass keine Entscheidungen mehr über die Köpfe der Betroffenen hinweg gefällt werden und deshalb bin ich selbst aktiv geworden.

Du hast das Ruder bei den Jusos in einer Zeit übernommen, die nicht nur politisch turbulent ist, sondern auch von der pandemischen Lage geprägt. Wie ist das Krisenmanagement aus Sicht der Jusos in NRW gerade für die jungen Menschen gestaltet worden?

Die Corona-Krise hat einmal mehr gezeigt, dass junge Menschen eine viel zu kleine Lobby haben. Die Kinder und Jugendlichen in den Kitas und den Schulen müssen seit fast einem Jahr die stop and go-Politik der schwarz-gelben Landesregierung über sich ergehen lassen. Die Studierenden leiden unter dem Verlust von wichtigen Nebenjobs und den Studienbedingungen und bekommen von Frau Karliczek statt echter Hilfe nur das Angebot, sich zu verschulden. Und die Lage am Ausbildungsmarkt hat sich dramatisch verschlechtert. Die Anzahl der Ausbildungsplätze ist in der Corona-Krise deutlich zurückgegangen und selbst diejenigen, die einen Ausbildungsplatz haben, blicken in eine ungewisse Zukunft. Hier werden also Bildungschancen verhindert. Unsere Forderung lautet aber: Alle jungen Menschen müssen die Bildungs- und damit Lebenschancen bekommen, die ihnen zustehen. Deshalb ist die Arbeit von uns als Jugendorganisationen so wichtig.

Woran muss die Sozialdemokratie Deiner Meinung nach arbeiten, damit sie wieder Mehrheiten anführen kann?

Die sozialdemokratische Idee lautet für mich, dass jeder Mensch das Leben führen können sollte, was er oder sie führen möchte, egal wie man aussieht, wie viel Kohle man hat oder wen man liebt. Von diesem Zustand sind wir in unserer aktuellen Gesellschaft leider noch weit entfernt und deshalb ist diese Idee nach wie vor so aktuell. Um Mehrheiten anführen zu können, muss sich die Sozialdemokratie wieder stärker an dieser Idee orientieren und klar machen, für wen wir Politik machen. Eine Politik, die alle ansprechen will, spricht am Ende niemanden an. Als Volkspartei müssen wir für diejenigen Politik machen, die jeden Tag auf der Arbeit oder in der Familie malochen; für diejenigen, die nicht reich erben, sondern am Ende des Monats schauen müssen, wie sie über die Runden kommen und für diejenigen, die mit uns für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen eintreten wollen. Wenn wir für all diese Menschen wieder konsequent Politik machen und gleichzeitig den Mut haben, uns mit den anderen anzulegen; wenn wir also wieder bereit sind, Reichtum und Chancen in dieser Gesellschaft gerecht zu verteilen, dann führen wir auch wieder Mehrheiten an. Da bin ich mir sicher. ■



SCHLINGERKURS ALS LEITLINIE – KEINE IDEEN, KEIN KONZEPT

Die CDU-Delegierten beeindruckte Armin Laschet gerne mit seiner Regierungserfahrung – die Menschen in NRW machen seit einem Jahr allerdings eine ganz andere Regierungserfahrung: Chaos und Versagen in der Corona-Bewältigung. Die persönliche Chronik eines NRW-Gesundheitspolitikers.

Schon in der ersten Landtagsdebatte zu Corona am 11. März 2020 ist der Kurs der NRW-Landesregierung klar gesteckt: Während Thomas Kutschaty und ich sofortiges konsequentes Handeln fordern, wiegeln Laschet, Stamp und Laumann ab: Viel ist vom Bauchgefühl der Minister zu hören, dazu Anekdoten aus dem Münsterland. Konzepte? Fehlanzeige.

Schlingerkurs als Leitlinie – das ist bis heute so geblieben: im Tönnies-Skandal, bei der Frage von Lockdown oder Lockerungen, zuletzt beim hausgemachten Chaos um den Impfstart. Und auch ein weiterer Grundsatz von Laschets Politik fällt schnell auf: Statt klarer Regelungen wartet er lieber Stimmungen ab und bleibt im Ungefähren. Die Verfügungen an die Kommunen wälzen die Verantwortung nach unten ab, kommen dazu meist unnötig kurzfristig. Rasch wächst der Ärger in den gebeutelten Verwaltungen der Städte und Gemeinden, und am Ende kursiert selbst in den CDU-geführten Rathäusern des Landes der bittere Spott.

Am härtesten werden dabei ausgerechnet die Schulen getroffen, die ohnehin mit am meisten unter den Pandemie-Folgen zu leiden haben: Ministerpräsident und Schulministerin widersprechen sich mehrfach in ihren Ankündigungen, es fehlen jegliche brauchbare Konzepte und die Ausführungsbestimmungen zu Bund-Länder-Beschlüssen von Anfang oder Mitte einer Woche erreichen die Schulleitungen meist erst im Laufe des Freitagnachmittags – mit Wirkung zum Montag. Wie groß der Frust der Beteiligten an den Schulen ist, kann man an den Wetten ablesen, die in den Lehrerkollegien auf die vermutete Uhrzeit der Schul-Mail aus Düsseldorf abgeschlossen werden.

Dadurch, dass die Landesregierung am Ende sogar einen öffentlichen Kleinkrieg gegen einen einzelnen Oberbürgermeister führt, der mit seinem „Solinger Modell“ schlichtweg eine bessere Schul-Lösung erarbeitet hat, machen sich Laschet und seine Schulministerin schließlich auch landes- und bundesweit zum Gespött.

Da verwundert es kaum, dass im Windschatten der Pandemie das wichtigste Reformvorhaben von Gesundheitsminister Laumann eilends hinter

verschlossenen Türen verschwindet: Mit einem Gutachten, als großangelegter Plan des Ministers gestartet, wird aus der kompletten Neuordnung der Krankenhauslandschaft in NRW nun ein Projekt der schwarz-gelben Regierungsfraktionen. Fatale Folge für alle Beteiligten: kein Gesetzentwurf mit vorgeschriebener Anhörung der Verbände, keine Beteiligung, keinerlei Transparenz. Wobei der Hintergrund jedem sofort klar ist, der sich täglich mit dem Gesundheitswesen beschäftigt: Von den angeblich gewaltigen Überkapazitäten, mit denen Laumann nach dem Gutachten aufräumen wollte, traut sich nach den Corona-Erfahrungen keiner mehr zu reden. Als gesundheitspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion hoffe ich nun wenigstens an dieser Stelle auf einen positiven Corona-Effekt: Unsere Krankenhäuser dürfen kein Spielball von wirtschaftlichen Interessen und falschem Effizienz-Glauben werden.

Doch selbst wenn sich diese Hoffnung erfüllt und die Pandemie irgendwann tatsächlich eingedämmt ist, wird Corona das Land NRW noch über Jahrzehnte belasten: Denn nicht nur die Verantwortung wurde auf die Kommunen abgewälzt, sondern auch die Kosten: Anders als die meisten Landesregierungen speist Laschet die Städte und Gemeinden bei der enormen finanziellen Belastung mit einem Bilanztrick ab, der jeden Steuerberater fassungslos macht: Alle Corona-Kosten müssen in einem Sonderposten gesammelt, dann im städtischen Haushalt „aktiviert“ und auf 50 Jahre abgeschrieben werden.

Laschets Politik wird damit für NRW zum ganz eigenen Covid-Langzeitschaden. ■